

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Harmons-Spaltenseite ober den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionspreis von 30 kr. für eine jede malige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 50 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionspreises.)

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

S. I. I. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 23. November d. J. dem bischöflichen Statthalterrathe und gewesenen Kreisbaupimann von Trien, Joseph Benedikt Ritter von Hebenstreit, anlässlich der über sein Aussehen erfolgten Vernehmung in den wohlverdienten bleibenden Ruhestand den Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner vielfährigen, treuen und ausgezeichneten Dienstleistung allergnädigst bekannt zu geben geruht.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat die Wiederwahl des Anton Gustav Trenkler zum Präsidenten, und des Anton Posselt zum Vizepräsidenten der Handels- und Gewerbeammer in Reichenberg bestätigt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 10. Dezember.

Während die Vertreter der auswärtigen Mächte, der Vertreter Frankreichs voran, Oesterreichs Rechte durch die Sutorina führende Straße und das natürliche Recht, seine Grenze von Bedrohung frei zu halten, anerkannten, unterlassen Blätter, welche in Oesterreich erscheinen, dennoch nicht, die ganze bereits erledigte Angelegenheit in einer entschieden ungünstigen Weise zu besprechen, so daß die „Wiener Ztg.“ sich genöthigt sieht, dagegen zu polemischen. Im Abendblatt vom 9. d. M. lesen wir eine solche Polemik gegen „Ost u. West“. Es heißt darin: Die irrtümliche Auslegung, die „Ost u. West“ für den Vorgang hat, erklärt sich jetzt aus seiner irigen Voraussetzung; es faßt nämlich die Sache so auf, als hätte „der Türke“ die Exekution einer „fremden Macht“ in „seinem Lande“ dabei begünstigt. Die Militärstraße, welche die Insurgenten in das Bereich ihrer Kanonen zu ziehen auf dem Wege waren, befindet sich nicht in türkischem, sondern kraft der Verträge im österreichischen Besitze, dessen Unantastbarkeit bei der eigenthümlichen geographischen Lage sich wiederum auf die ebenfalls traktatenmäßige Neutralität desjenigen Gebietes stützt, von welchem aus die Militärstraße etwa taktisch dominirt werden könnte. Diese Neutralität mußte geschützt, mußte — verletzt — wieder hergestellt werden. — „Ost u. West“ bekennet seine Sympathie für die türkische Raja. Auch wir empfinden für dieselbe jene natürliche und innige Theilnahme, welche die Glaubensverwandtschaft und die Menschlichkeit uns eingeben. So gut als irgend einer Macht darf wohl gerade Oesterreich das Zeugniß ertheilt werden, daß seine Politik von jeher vorzugsweise durch diese Theilnahme bestimmt und gelenkt wurde. Zudem Oesterreich sein Recht vindicirte, galt es weder auf diesem Wege „eine Sympathie für die Türken kundzugeben“, noch „einen moralischen Druck auf die Insurgenten auszuüben.“

In Preußen ist der Wahlkampf, bis auf ein kleines Nachspiel, welches da, wo Doppelwahlen stattgefunden haben, gehalten werden muß, beendet. So weit sich die Resultate bis jetzt übersehen lassen, hat die Fortschrittspartei einen großen Theil ihrer Kandidaten durchgesetzt, aber auch die Ministerialen sind in zahlreichen Bezirken in der Majorität geblieben; bedeutende Verluste hat dagegen die Kreuzzeitungspartei erlitten. In der bevorstehenden Session des preussischen Abgeordnetenhauses wird sich der Konflikt entspinnen um die Frage des Militär-Budgets und der Heeres-Organisation; die Vertreter der Fortschrittspartei werden eine Herabminderung der Ausgaben für

das stehende Heer und die Beschränkung der Dienstzeit auf zwei Jahre durchzusetzen streben; die ministerielle Partei wird am status quo festhalten, da die Regierung König Wilhelms von der Ueberzeugung ausgeht, daß bei der gegenwärtigen Situation Europa's Preußen von seinen Anstrengungen als Militärsstaat nicht ablassen kann, ohne seine Sicherheit zu gefährden. Vielleicht kommt dennoch ein Kompromiß zwischen Ministerium und Fortschrittspartei zu Stande auf Kosten des Herrenhauses, dessen Reorganisation ebenfalls in das Programm dieser Partei aufgenommen war. Einigen norddeutschen Blättern zufolge hätte sich die preussische Regierung bereits entschlossen, gute Miene zum bösen Spiele zu machen und eine solche Militärvorlage auszuarbeiten, welche Chancen habe, im Abgeordnetenhaus Annahme zu finden. Den Ausschlag habe hierbei die fast einmütige Erklärung aller liberalen Parteimänner gegeben, das Militär-Budget in jetziger Höhe nicht in ordinario bewilligen zu wollen. Die liberalen Fraktionen zeigten sich so geschlossen und geeinigt, daß jede Hoffnung, durch eine Auflösung eine gefügigere Kammer, namentlich bei einem reaktionären Ministerium, zu erhalten, aufgegeben werden müsse. Es wird weiter gemeldet, daß das Ministerium entschlossen sei, seine Reformvorschlüge nicht bloß im Landtage zu vertreten, sondern sie auch durch's Herrenhaus zu bringen. Ein neuer Pairschub werde erfolgen, in welcher Ausdehnung, ist freilich noch unbestimmt. Die Angaben schwanken zwischen 20 bis 40 neuen Pairs.

Der German, in welchem der Sultan unter ausdrücklicher Zustimmung der bei der Pariser Konvention vom 19. August 1858 theilhabenden Großmächte die Union der Donaufürstenthümer auf die Lebensdauer des Fürsten Gisa auspricht, ist dem Geschäftsträger des Fürsten eingehändigt worden. Der „Moniteur“ bringt bereits den Wortlaut dieser Akte. Danach wird, wie schon gemeldet, solange beide Hospodarate in der Person des Fürsten vereinigt bleiben, dort nur ein Ministerium bestehen, und die beiden National-Versammlungen werden in eine verschmolzen. Die Zentral-Kommission von Joschani wird einstweilen suspendirt, kann aber, wenn es passend erscheinen sollte, als Senat oder unter irgend einem anderen Namen neu konstituiert werden. In jedem Fürstenthume soll ein Provinzialrath bestehen, der regelmäßig zusammenberufen wird, und über Gesetze und Verfügungen von provinziellem Charakter befragt werden muß. Bei eintretender Vakanz des Hospodarats hört die Union sofort auf; die Wahlversammlungen der Walachei und Moldau haben dann binnen 10 Tagen gesondert in Bukarest und Jassy zusammenzutreten und binnen abermals 10 Tagen einen neuen Hospodar zu wählen. — Der Kommandant Ceruti, italienischer Gesandter in Konstantinopel, bat Namens seiner Regierung Verwahrung gegen diese Modifikationen der auf die Donaufürstenthümer bezüglichen Artikel des Pariser Friedensvertrages eingelegt, weil diese Beschlüsse ohne Zuziehung des Vertreters Italiens, als eines Mitkontrahenten des Pariser Vertrages, gefaßt wurden. Hätte der Kommandant den Konferenzen über die Donaufürstenthümer als Vertreter Piemonts beizubohnen wollen, so wäre dem diplomatisch nichts im Wege gestanden.

Sitzung des Herrenhauses

am 9. Dezember.

Die Sitzung wird um 11^{1/2} Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank die Herren: Graf Rechberg und Graf Degenfeld. In der Hofloge: Sr. I. Hoheit Prinz Wisa. Von Sr. Excellenz dem Grafen Glau-Gallas ist dem h. Hause eine Petition böhmischer Lehrer übergeben

worden, worin dieselben gegen die Trennung der Schule von der Kirche u. s. w. eine Vorstellung unterbreiten. Gehört in das Ressort des Petitionsausschusses, der aus der juristischen Kommission des Hauses gebildet wird, da aber dem Ausschusse das Recht zusteht, einlaufende Gegenstände einer anderen Kommission zuzuweisen, so stellt der Präsident den Antrag, diese Petition der politischen Kommission zur Berichterstattung zu überlassen, welcher Antrag einstimmig angenommen wird.

Auf der Tagesordnung stehen: die erste Lesung des Gesetzentwurfes betreffend die Wiederherstellung der Zuständigkeit der Gerichte über die im Strafgesetzbuche vom 27. Mai 1852 vorgesehenen Uebertretungen. Der Entwurf des Gesetzes wird der juristischen Kommission zugewiesen.

Ferner die zweite Lesung des Gesetzentwurfes zur Regelung des Gemeindefenst durch den Bericht der Kommission des h. Hauses für politische Gegenstände über die Beschlüsse des Hauses der Abgeordneten rücksichtlich der von dem Herrenhause angenommenen Abänderungen des Gesetzes.

Für die Generaldebatte sind gegen den Bericht eingeschrieben: Graf Anton Alexander Quersperg; für den Bericht: Graf Hartig. Außerdem wurde noch ein von mehreren Mitgliedern des h. Hauses unterschriebenes Amendement eingebracht.

Nach Verlesung des Berichtes durch den Berichterstatter Herrn Superintendenten Haase erhält Graf Quersperg das Wort und legt in seiner Rede die Gründe auseinander, aus denen er sich zu dem Antrag veranlaßt fühlt, das h. Haus möge die von der Kommission beantragte Ablehnung des neuen Beschlusses des Abgeordnetenhauses, wodurch die vom h. Herrenhause beschlossene Abänderung bei Artikel 16 fallen zu lassen sei, zurückweisen, und schon aus Dringlichkeitsgründen den Anträgen des Abgeordnetenhauses zustimmen.

Graf Hartig sucht in einer längeren und mitunter sehr launigen Rede die Gründe seines Vortrags zu widerlegen, und das h. Haus zur Annahme und Aufrechterhaltung der von der Kommission gestellten Anträge zu bestimmen. Er endet seine Rede unter lauten Bravo's.

Fürst Salin spricht gegen den Antrag der Kommission, den er zu weit ausgedehnt und zu wenig präzisirt nennt. Er stellt den Antrag, die ursprüngliche Textirung des Artikels 16 durch das Abgeordnetenhause anzunehmen.

Freiherr v. Lichtenfels spricht für den Kommissionsantrag.

Der Berichterstatter Superintendent Haase vertheidigt den Ausschlußantrag, denn gerade wenn solche Bestimmungen Platz greifen, wird die Regierung gezwungen sein, ihre Auskünfte zu fordern und sich einzumischen. Es muß den Gemeinden vorgehalten werden, was ihnen bevorstehe, wenn sie ihren Kreis überschreiten, und daß kein Individuum ihnen schuldlos preisgegeben sei. Die autonome Gemeinde muß sich über ihr Recht klar sein.

Der erste Antrag der Kommission, worin dem Abgeordnetenhause zugestimmt wird, wird einstimmig angenommen.

Beim zweiten Antrag stellt Graf Thun das Amendement, bei dem Antrage des Abgeordnetenhauses zu verharren. Er findet, daß jede Berufung und Beschwerde einen Inkonsequenzzug notwendig mit sich führt.

Er will die Aufstellung von Organen für die höhere Polizei entweder unter der Mitwirkung der höheren Gemeinden oder durch die Regierung allein.

Graf Ruckstein. Nur in einem Punkte weicht das Herrenhaus von dem Abgeordnetenhause ab. Es ist dem großen Grundbesitzer erschwert worden auszuscheiden; verwirft man den Antrag der Kommission,

Novelle zum Strafgesetze.

Der zur Vorberathung des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfes, „betreffend einige Ergänzungen und Abänderungen des allgemeinen und des Militär-Strafgesetzes“, gewählte Ausschuss des Abgeordnetenhauses hat seine Arbeit vollendet; das Resultat der letzteren ist das folgende, von der ursprünglichen Regierungsvorlage in wesentlichen Punkten abweichende Gesetz, gültig für die im engeren Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, ferner für das lomb.-venet. Königreich, betreffend einige Ergänzungen des allgemeinen und des Militär-Strafgesetzes.

Art. 1. Des Verbrechens des Hochverrathes nach §. 58, lit. b des allg. St.-G. (§. 334, lit. b M.-St.-G.) macht sich Derjenige schuldig, welcher etwas unternimmt, was auf eine gewaltsame Umänderung der Reichs-Verfassung oder einer Landes-Verfassung abzielt.

Art. 2. Wer böswillig österreichische Staatsbürger wider die Reichsverfassung oder wider eine Landesverfassung durch öffentliche Aeußerungen oder Handlungen, welche unverkennbar geeignet sind, Haß oder Verachtung zu erzeugen, aufreizt, macht sich des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe schuldig und ist mit der im §. 65 des allg. St.-G. (§. 341 M.-St.-G.) angedrohten Strafe zu belegen.

Art. 3. Wer öffentlich österreichischen Staatsbürgern wider eines der beiden Häuser des Reichsrathes oder wider einen Landtag durch Schmähungen, durch Mittheilung unwahrer oder entstellter Thatsachen Haß oder Verachtung einzufößen sucht, macht sich eines Vergehens schuldig und ist mit Arrest von Einem bis sechs Monaten zu bestrafen.

Art. 4. Wer einen der im Art. 3 bezeichneten Angriffe gegen die kaiserl. Armee oder gegen eine selbstständige Abtheilung derselben richtet, macht sich eines Vergehens schuldig und ist mit Arrest von Einem bis sechs Monaten zu bestrafen. Die gerichtliche Verfolgung darf nur mit Zustimmung des Kriegsministers eingeleitet werden.

Art. 5. Im Sinne der Art. 2, 3 und 4 ist diejenige Aeußerung oder Handlung als eine öffentliche anzusehen, welche an einem öffentlichen Orte vor mehreren Leuten erfolgt. Jede durch eine Druckschrift gemachte Mittheilung ist als eine öffentliche zu behandeln.

Art. 6. Wer bei Wahlen zur Ausübung politischer Rechte Wahlstimmen kauft oder verkauft, oder auf sonstige Weise die Abstimmung oder ihre Resultate fälscht, macht sich, insoweit sich darin nicht eine schwerere verpönte Handlung darstellt, eines Vergehens schuldig und ist mit strengem Arrest von Einem bis sechs Monaten zu bestrafen.

Oesterreich.

Wien, 9. Dezember. Anlässlich der Mittheilung von der Amtsenthebung des Jux curiae hatte die „Def. Ztg.“ Dementi's erfahren, kommt aber jetzt darauf zurück und sagt, daß allerdings die Bitte des Jux curiae um Enthebung von seinem Amte vorliege, ihm aber seine Demission nicht gegeben, sondern bloß ein mehrmonatlicher Urlaub ertheilt worden sei.

Die „Priesterlichen Mittheilungen“ erzählen: Kronprinz Erzherzog Rudolf hat in Venedig einen eigenen Gondelführer, Namens Pietro, mit dem er vorzugsweise gerne, natürlich in Begleitung seines Hofmeisters, täglich spazieren fährt. Vor Kurzem erschien der Kronprinz um die Mittagszeit auf der Piazzetta, seine gewohnte Fahrt zu machen, aber Pietro fehlte. Man sagte dem Prinzen, der Gondelführer sei zu Hause, wo er seine kranke Frau pflegen müsse. Der Kronprinz schüttelte das Köpfchen, ließ sich aber von Niemand Andern herumfahren. Beim Nachhausekommen erzählte er seiner erlauchten Mutter, daß die Frau seines Gondoliers krank sei, und bat um Geld für denselben. Die mildthätige Monarchin gab dem Erzherb 12 Dukaten, mit dem Auftrage, daß der Kronprinz dieselben dem Gondelführer selbst überreichen solle. Erzherzog Rudolf begab sich nun in die Wohnung Pietro's, und überreichte eigenhändig der kranken Frau, die eben neben sich einen neugeborenen Weltbürger liegen hatte, die 12 Dukaten. Ihre Majestät ließ hierauf noch Pietro zu sich kommen, und sicherte ihm zu, die Papiertelle bei dem neugeborenen Knaben übernehmen zu wollen. Der neue Weltbürger erhielt den Namen Rudolf, und seine Eltern wurden mit einem ansehnlichen Papiertgeschenke erfreut.

Wien, 9. Dezember. Anlässlich der in der Herzegowina herrschenden ausländischen Bewegungen und der dadurch hervorgerufenen Kämpfe zwischen den Insurgenten und den daselbst befindlichen türkischen Truppen haben sich, laut Anzeige des k. k. Kreishauptmanns in Ragusa, 447 Individuen christlicher Religion (Majab), aus verschiedenen Ortschaften des Cadul von Trebigne flammend, in neuester Zeit auf unser Gebiet geflüchtet, um den Bedrückungen und Verfolgungen zu entgehen, denen sie von Seite der Insurgenten ebenso wie von Seite der Türken ausgesetzt

sind, und haben in den zum Bezirke von Ragusa gehörigen Ortschaften Vergalto und Vreno Unterschlund gefunden.

Der größte Theil dieser Flüchtlinge besteht aus Greisen, Weibern und Kindern, und aus nur 45 waffenfähigen Männern. Mehrere dieser flüchtigen Familien haben auch ihr Vieh mit sich auf unser Gebiet verübergeliefert.

Laut den vom genannten Kreishauptmann eingezogenen Erkundigungen handelt es sich durchaus um Individuen, welche an den ausländischen Vorgängen in der Türkei keinen Antheil genommen haben. Bis jetzt sorgen sie für ihren Unterhalt selbst, auch wird ihnen alle Gastfreundschaft zu Theil. Der Kreishauptmann bemerkt jedoch, daß ein Theil derselben, falls ihr Aufenthalt auf unserem Gebiete von einiger Dauer sein sollte, eine Unterstützung für den Lebensunterhalt bedürfen würde, fügt jedoch hinzu, er habe in Erfahrung gebracht, daß der dortige türkische Konsul ermächtigt worden sei, jenen Majab-Familien eine Unterstützung zuzuwenden, welche der türkischen Regierung treu geblieben sind, und sich auf österreichisches Gebiet nur deshalb flüchten mußten, um den Bedrückungen von Seite der Aufständischen zu entgehen.

Das Comité zur Feier des 500jährigen Jubiläums der Wiener Universität hat an die Doktorenkollegien der einzelnen Fakultäten die Aufforderung gestellt, sich an der Feier durch Herausgabe von Monographien in würdiger Weise zu betheiligen.

Dem „P. Naplo“ schreibt man aus Wien: Ueber dem Haupte des „Wanderer“ schwebt außer dem bereits bekannten noch ein zweiter Prozeß. Den ersten Prozeß betreffend, kann ich melden, daß die Voruntersuchung beendet ist, und jetzt gegen den Redakteur Moriz Graß und Max Falk, als den Verfasser eines der inkriminirten Artikel (die der anderen haben sich nicht genannt) die Spezialuntersuchung im Zuge ist. Die Anklage beruht auf Punkt a des §. 65 des Strafgesetzbuches (Störung der öffentlichen Ruhe durch Aufreizung gegen die Regierungsform und die Staatsverwaltung). Die betreffende Strafe besteht in 1—5jährigem schweren Kerker, Verlust der akademischen Würde, der Amisfähigkeit u. s. w.

Mit dem neuen Jahre wird der „Glas“, in der letzten Zeit ein treuer Gesinnungsgenosse der „Narodni Visty“, seine Farbe ändern, indem der Reichsraths-Abgeordnete Dr. Krasa die Leitung des von ihm gegründeten Blattes wieder übernimmt. Das Patent vom 26. Februar wird demselben fortan zur Richtschnur dienen. Unter den zukünftigen Hauptmitarbeitern nennt man Dr. Pinkas, Mitglied des böhmischen Landesausschusses, und Dr. Supr, Reichsraths-Abgeordneten. Die Fäden, welche hiedurch in den Reihen der czechischen Journale entsteht, soll durch ein unter dem Namen „Glas“ ins Leben tretendes Blatt ausgefüllt werden.

Aus Agram, 6. Dezember. Wie aus den Verhandlungen des kroat.-slavon. Landtags bekannt, ist auf demselben der, von den Wünschen der Sissler und des ganzen Landes unterstützte, Antrag gestellt worden, daß Zivil- und Militär-Sissler vereinigt und zu einer k. k. Freistadt erhoben werde. In dieser für die Bevölkerung der beiden Sissler wichtigen Angelegenheit sind die ersten Schritte und zwar in Folge Auftrags unserer Hofkanzlei durch den Statthaltererrath geschehen. Derselbe forderte nämlich die Agramer Handels- und Gewerbekammer auf, ihre diesfällige Meinung abzugeben. Dieselbe anerkennt in ihrem Gutachten die Grundhaltigkeit aller von den Bewohnern beider Sissler angeführten Motive und fügt noch Nachstehendes bei: Daß Sissler zu einer k. k. Freistadt erhoben werde, unterstützt am kräftigsten der Umstand, daß der dortige Handelsverkehr gewiß sich verdreifachen werde, sobald die Eisenbahn ausgebaut sein wird, welche Sissler mit Steinbrück und der Südbahn verbinden soll. Dem bisher bestehenden bedeutenden Hindernisse, in Folge dessen der Verkehr zwischen beiden Sissler wegen Mangels einer Brücke durch das unregelmäßige und manchmal gefährliche Ueberführen auf der Kulpa gehemmt wurde, wird durch eine stehende Brücke, welche in etwa 2 Monaten beide Sissler enger verbinden wird, begegnet, und so der Handel in Allem erleichtert und gefördert werden. In Sissler, heißt es in dem Berichte weiter, werden jährlich bei fünf neue Schiffe gebaut und bis 20 Schiffe ausgebaut. Dabei werden bei 1000 Menschen beschäftigt, (was in 6 Monaten etwa 150.000 Tage-arbeiten repräsentirt), welche ihr bares Geld im Orte verdienen. Der Sissler Verkehr gestaltet sich überhaupt etwa folgendermaßen: 15 Mill. Fußbauben oder Zentner 800.000; 3 Mill. Meigen Getreide oder Zentner 2.400.000 Tabak, Keps, Wachs je 263.000; Zusammen 3 Mill. 865.000 Zentner. Dies vertritt einen Geldwerth von etwa 31.350.000 fl. öst. W. Der Fremden-Verkehr beläuft sich auf 10—12.000 Personen jährlich. Daß dieser Verkehr sich verdreifachen werde, sobald die Eisenbahn eröffnet ist, versteht sich von selbst. Zum Schluß empfiehlt die Handelskammer dem h. Statthaltererrath auf das wärmste und ein-

so wird es dem Großgrundbesitzer schwer, in der Gemeinde zu bleiben; man wäre sonst rechts- und schuldlos. Nicht bloß für den Großgrundbesitzer, sondern auch für den Kleinbürger und Händler sei der Schutz nöthig. Er hofft, das Haus der Abgeordneten werde sich dem anschließen.

Minister v. Caffer verteidigt die Konsequenz der Regierung. Der Zusatz möge stehen oder fallen, die Regierung wird das Aufsichtsrecht nicht aufgeben. Es mögen Fälle der Ausschreitung vorgekommen sein, aber ein System der Schnüffelei, wie Graf Salin sagte, sind sie nicht geworden. Bisher hatte die Regierung die Gemeinden zu beaufsichtigen und zu bevormunden, jetzt werde sie dieselben nur zu beaufsichtigen haben, ihr Aufsichtsrecht aber bleibt ihr an, sie kann und darf es nicht aufgeben. Jeder, dem Unrecht geschieht, hat das Recht, sich an den Kaiser zu wenden und er übt sein Recht durch seine Organe, um dem Rechte und dem Gesetze Geltung zu verschaffen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Auch die dritte Lesung des ganzen Gesetzes wird sogleich angenommen, um dasselbe dem Abgeordnetenhaus zu übermitteln.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten

am 9. Dezember.

Vorsitzender: Präsident Dr. J. Hein.

Auf der Ministerbank die Herren: v. Schmerling, Freiherr von Mesjery, Graf Wickenburg und Sektionschef v. Rizz.

An der Tagesordnung ist die Generaldebatte über das Preßgesetz.

Für den Ausschussantrag sind als Redner eingeschrieben: Kuranda, Jirisk und Kostelnik; gegen den Antrag ist kein Redner eingetragen.

Dr. Herbst macht auf die prinzipielle Uebereinstimmung aufmerksam, die sich bei der Verathung des Gegenstandes unter den Mitgliedern des Ausschusses kundgegeben hat. Dem Antrag Klandi gemäß wurde die Ausarbeitung zweier Gesetzentwürfe beschlossen, deren einer die Regelung der Preßverhältnisse, der andere das Strafverfahren in Fällen von Preßvergehen behandeln sollte. Der erste Entwurf befindet sich bereits in den Händen der Mitglieder des Hauses. Während seiner Verathung soll mit der Ausarbeitung des zweiten Entwurfes fortgefahren, und derselbe in den nächsten Tagen mitgetheilt werden. Mittlerweile mögen Preßvergehen im Sinne der bezüglichen Regierungsvorlage behandelt, die bezüglichen Paragraphen dieser Vorlage der das Strafgesetz ergänzenden Novelle eingebracht und zur Vorberathung dem betreffenden Ausschusse zugewiesen werden. Das Präsidium möge am Schlusse der Generaldebatte diesen Antrag zur Abstimmung bringen.

Kuranda verzichtet auf's Wort, da kein Redner gegen den Entwurf eingeschrieben ist, und der hochwürdige Bischof Jirisk das Gewicht seiner Autorität für denselben in die Waagschale gelegt hat.

Bischof Jirisk motivirt seine Ansicht zu Gunsten des Entwurfes. Seine Polizeimaßregel hat je die Verbreitung von Druckschriften zu hemmen vermocht. Die Freiheit der Presse ist ein Postulat, dem sich kein Staat entziehen kann, ein Prinzip, das in jedem freien Staat zur Geltung kommen muß. Eine präventive Ueberwachung der Presse ist jedoch im allgemeinen Interesse unabwendbare Nothwendigkeit, und ebenso hat der Staat gegen Ausschreitungen der Presse die Verpflichtung der Repressivmaßregeln, wenn diese auch einer kleinen Anzahl von Leuten lästig sein mögen. In keinem Falle kann dem gedruckten bleibenden Worte eine größere Freiheit als dem mündlichen eingeräumt werden.

Der Redner macht auf den Uebelstand der Besprechung einheimischer Zustände durch der Sache nicht kundige Ausländer aufmerksam, und empfiehlt den Entwurf der Aufnahme des Hauses.

Kostelnik verzichtet auf's Wort.

Sektionschef v. Rizz bemerkt, daß er gegen die formelle Behandlung des Gegenstandes seitens des Ausschusses nichts zu erinnern habe.

Die Generaldebatte wird geschlossen.

Der vom Berichterstatter gestellte Antrag wird angenommen, die Spezialdebatte eröffnet.

§. 1 des Ausschussantrages, der dem Wesen nach mit §. 28 der Regierungsvorlage übereinstimmt, wird angenommen, ebenso §. 1 lit. a; §. 2 handelt im Anschluß an die Regierungsvorlage von dem Rechte zur Erzeugung und zum Verlage von Druckschriften und der bezüglichen Konzeptionsentziehung; er wird mit dem Amendement Prachensky und dem Antrag Rizz-Brinz angenommen, eben so Article 1 des §. 2, der das Preßgesetz auf alle durch mechanische oder chemische Mittel vervielfältigten Erzeugnisse der Literatur und Kunst bezieht. Zu §. 3 lit. a ergreift Sektionschef v. Rizz das Wort.

(Das Gesetz wurde bis §. 8 inkl. debattirt und angenommen.)

dringlichsten die Bitte der Eisseler, wegen Vereinfachung beider Städte, und dies mit vollem Rechte, denn nur dann kann Eissele seinen Rang einer der ersten Städte Kroatiens erreichen, den es schon seiner Lage nach verdient.

Agram, 5. Dezember. Bekanntlich wurde vom Landtage die kroatische Sprache als Amts- und Korrespondenzsprache der Behörden proklamiert. Unlängst hatte, wie schon bekannt, eine Militärbehörde an eine hiesländische Behörde ein Altkleid retournirt, weil es kroatisch verfaßt und kroatisch adressirt war. Seitdem hat auch der Bezirksvorstand von Pettau dem Waraschiner Munizipium dessen kroatische Zuschrift zurückgesendet. Dann hat das hiesige Komitatsgericht vor einiger Zeit eine dergleichen kroatische Zuschrift nach Pazin, in Istrien, geschickt und erhielt dieselbe unbeschadet zurück. Darüber setzte es Beschwerden an die Banalafel, und diese hat verordnet, daß kroatische Behörden und Gerichte mit den auswärtigen in deutscher Sprache korrespondiren sollen. Bisher wurde hier nämlich nach dem Reziprozitäts-Prinzip verfahren: man nahm deutsche, ungarische oder italienische Zuschriften von Behörden außerhalb Kroatiens willig entgegen und verlangte dagegen, daß anderwärts kroatische Zuschriften angenommen würden. (Wor.)

Deutschland.

Berlin, 7. Dezember. Von 352 Wahlen für das Abgeordnetenhaus sind mehr als 300 bekannt. Die sehr überwiegende Majorität ist liberal-ministeriell, etwa 70 von der Fortschrittspartei, die konservative Seite und die Polen haben viele verloren. Vier Minister sind gewählt.

Niederlande.

Antwerpen. Die große, einer Gesellschaft zugehörige „belgische Zucker-Raffinerie“ und das daneben liegende Entrepot St. Felix sind ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden wird auf 18 Mill. Frs. geschätzt. Leider sind auch zehn Menschenleben zu beklagen. Im Entrepot befand sich unter anderen Waren auch für etwa 1 Mill. Tabak (größtentheils dem Hause Rothschild angehörend). Das Feuer brach am 2. Dezember Abends aus und nach kaum 1½ Stunden waren beide Gebäude ein Raub der Flammen. Das Entrepot war zu 7—8 Mill. und die Raffinerie zu 2 Mill. versichert.

Großbritannien.

Ein Londoner Korrespondent der „A. Z.“ berichtet: Die Blätter kündigten an, daß Lord Lyons beauftragt sei: 1) die Herausgabe der Sonderbunds-gesandten; 2) Apologie und 3) Entschädigung emphatisch zu verlangen, und im Fall der Weigerung seine diplomatischen Beziehungen einzustellen. Dies ist nicht wahr. Graf Russell's Depesche ist im Gegentheil in sehr gemäßigttem Ton abgefaßt, und verlangt ganz im Allgemeinen Genugthuung, ohne auf die Form dieser Genugthuung einzuweisen einzugehen. Die englische Regierung ladet also zu Erklärungen ein, aber sie überreicht kein Ultimatum.

Rußland.

Der „Br. Z.“ wird von der polnischen Grenze gemeldet: „Die in der Krakauer Vorstadt in Warschau aufgefundenen Gewehre sollen die Zahl 1000 überschreiten und sofort nach der Zitadelle geschafft worden sein. Hausdurchsuchungen Tag und Nacht, und die Verhaftungen erfolgen mit unglaublicher Härte und Plünderung. Ein bedeutender Transport Verurtheilter soll in den nächsten Tagen nach Sibirien abgeführt werden.“

Nach einem in Wien verbreiteten Gerücht hat den in der Zitadelle sitzenden Rabbiner der Warschauer Juden-Gemeinde dasselbe Schicksal wie den Prälaten Biolobzski ereilt. Ueber die besonderen Motive dieser schauderregenden Urtheile verlautet noch nichts.

Amerika.

New-York, 28. November. Der Ton der hiesigen Presse hat sich etwas verändert. „Tribüne“ und „World“ sprechen von der Möglichkeit der Auslieferung der Sonderbunds-Kommissäre, falls die Handlungsweise des Kapitäns Wilks illegal erkannt würde.

Der Kapitän des Dampfers „Jacinto“ erklärte in einer Rede zu Boston, auf eigene Verantwortung die Sonderbunds-Kommissäre auf dem „Trent“ verhaftet zu haben.

Bermischte Nachrichten.

In Wien werden jährlich 2600 Stück Klaviere im Werthe von 800.000 fl. erzeugt. Der Absatz derselben im Auslande hatte während der Kriegsjahre abgenommen, ist aber gegenwärtig wieder im Steigen

begriffen. Die gesamte Klavierproduktion von Europa und Amerika repräsentirt jährlich einen Werth von 30 Mill. Gulden.

Nach offiziellen Daten bewegen sich in Wien täglich bei 7000 Wägen. Man schätzt die Zahl der verklebenden Diaker, Komfortables, Stellwagen und kleineren Fahrwerke (Mühlwagen und Gemüsewagen) auf 3000, jene der Privat-Equipagen auf 2000, und der Rest wird für schweres Fuhrwerk in Anspruch genommen, das sich auf den Glacisstraßen und in den Vorstädten bewegt.

Ein Grazer Kaufmann kündigt Briefpapier zum Verkaufe an, auf welches das Bildniß des Verfassers, wenn dieser es wünscht, photographirt wird. Nach einigen Probe-Exemplaren zu schließen, nimmt sich solches Briefpapier mit Photographien recht hübsch aus und dürfte sich bald weiterer Verbreitung erfreuen.

Unter der Ueberschrift: „Blondin übertrieben (outdone)“ meldet ein Birminghamer Blatt, daß am 4. Dezember Nachmittags ein fünfzehnjähriges Mädchen, Namens Sarah Abbott, auf einem 100 Ellen langen und 15—20 Fuß hoch gespannten Seil über den Fluß Severn ging. Gegen 12.000 Neugierige sahen das Schauspiel mit an. Worin die junge Afrobatin den weltberühmten Blondin überbot, das ist der Umstand, daß ihr Seil nur 4 Zoll dick war, während das des Amerikaners 7 Zoll dick zu sein pflegt. Wahrscheinlich wird nun Blondin mit neuen Ueberfahrungen hervortreten, und das Ende vom Lied wird doch ein Holsbrechen sein.

Die „N. Pr. Ztg.“ schreibt: „Bekanntlich hat die Königskrone einen verhältnißmäßig größeren Umfang, um für ein jedes Haupt, welches sie zu tragen berufen, ohne Schwierigkeit angewandt werden zu können; sie bedarf daher im einzelnen Falle der besonders entsprechenden Ausfüllung. Zu diesem Behufe wurde unser königl. Herr am Tage vor der Krönung gebeten, die Krone probeweise aufzusetzen. Wie sehr man aber auch in ihn drang, der König war nicht zu bewegen, sich dieser Bitte zu fügen. Man möge an seiner Mütze, an seinem Helme das erforderliche Maß nehmen; sein Haupt dürfe und werde — erklärte der König unwandelbar — die Krone nicht eher berühren, bis er vom Altar des Herrn sie zu diesem Zwecke nehme.“

Kundmachung.

Bei der für den Monat Oktober 1861 gepflogenen Abrechnung zwischen dem k. k. Aetax und dem krain. Grund-Entlastungsfonds stellten sich die Einnahmen auf 73.201 fl. 61½ kr. die Ausgaben auf 7.924 „ 68½ „ und das Fondsguthaben daher mit 65.276 fl. 96 kr. heraus, bei dessen Vergleichung mit Ende September 1861 verbliebenen Aetaxial-Forderung pr. 116.528 „ 99 „ sich letzteres auf 51.252 fl. 3 kr. reduzirte, welches daher mit Hinzusatz der Passivzinsen für die Zeit vom 1ten Juli bis Ende Oktober 1861 pr. 1.087 „ 94½ „ am letztgedachten Tage sich im Ganzen auf 52.339 fl. 07½ kr. belief.

Vom k. Landes-Ausschusse.
Lalbach am 7. Dezember 1861.

Nachtrag.

Die „Gazzetta di Venezia“ berichtet: Obwohl am 5. d. M. Morgens das Wetter sehr ungünstig und starker Schneefall war, begaben sich Sr. Majestät der Kaiser um 7¼ Uhr Früh an Bord des Kriegsdampfers „Gorkowsky“ nach dem Vido, um daselbst einm Manöver beizuwohnen. Bei S. Elisabetta verließen Sr. Majestät das Schiff, um zu Pferde zu reiten. Das Truppenkommando führte Sr. kaiserl. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Josef. Das Manöver fingirte einen Angriff auf den Vido, wobei angenommen wurde, daß der Feind bis zu Quattro Fontane vorgebrungen sei. Zu diesem Behufe ließen drei Dampf-Kanonenboote aus dem Hafen von Malamocco aus und fuhren längs der Küste bis zum Hafen des Vido; dort wurde die Schiffsmannschaft an's Land geschickt; unter beständigem Feuer rückte sie bis Quattro Fontane vor, um von der überlegenen Garnison zurückgedrängt zu werden. Nach dem Manöver sehten Sr. Majestät die Befestigung des Forts von Malamocco fort und wurden von dem Alerus und den Behörden daselbst ehrenbeigeh begrüßt. Am Bord des „Gorkowsky“ zurückgekehrt, besichtigten Sr. Majestät die Einfahrt in den Hafen unter den Salven des daselbst ankommenden Wachschiffes und kehrten um 1½ Uhr in den kaiserl. Palast zurück.

Am 3. d. M. haben sich Sr. Majestät auf dem Wege vom Bürgerhospital zum Kränenhause in die große Kirche S. S. Giovanni e Paolo begeben, um sich daselbst von dem Fortgang der großartigen, durch kaiserliche Munificenz in Angriff genommenen Restaurationsarbeiten zu überzeugen. Am 4. wurde das k. k. Arsenal von Sr. Majestät in Augenschein genommen.

Mittels Ueberhöher Entschließung vom 6. d. M. ist das S. Procolo-Gymnasium als Lyceal-Gymnasium erklärt und birmt den lebhaften Wünschen einer zahlreich Bevölkerung volle Berücksichtigung zu Theil geworden.

Wien, 10. Dezember. Die Adresse des Agramer Komitats, betreffs der Rekrutierung ist in sehr entschiedenen Ausdrücken abgefaßt.

Der Redakteur des Pester humoristischen Blattes „Jekete Leve“ wurde verhaftet und dem Kriegsgerichte übergeben. Der Stathalter Passy ertheilte ihm eine Audienz.

Wien, 10. Dezember. Heute fand in den Redaktions- und Drucker-Lokalitäten von „Ost und West“ eine Handdurchsuchung Statt, nach den Manuskripten von neun in „Ost und West“ enthaltenen gewesenen Artikeln über innere Angelegenheiten. „Ost und West“ sagt, die Durchsuchung sei resultatlos gewesen.

Die Redakteure der drei tschechischen Blätter: „Narodni Věst“, „Humoristické Věst“ und des bestandenen „Posel z Prahy“ haben sich in einer Eingabe an das Justizministerium mit der Bitte gewendet, daß die gegen selbe eingeleitete gerichtliche Untersuchung insoweit eingestellt werden möge, bis das neue Preßgesetz in Stande gebracht sei.

Graz, 8. Dezember. Karl Langer, Redakteur der „Volksstimme“, zeigt Folgendes an: Aus vier nicht näher zu erörternden Gründen fühlen wir uns, im wechselseitigen Einverständnis unserer Herren Mitsinteressenten, in die traurige Nothwendigkeit versetzt, das weitere Erscheinen unseres, im wahren Sinne liberalen und nach allen Seiten unabhängigen Organs, die „Volksstimme“, auf unbestimmte Zeit einzustellen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Sermannstadt, 9. Dez. Vom Magistrate und den Kommunitätsmitgliedern eingeholt, ist der stellvertretende Nationsgraf Konrad Schmitt heute nach 5 Uhr Abends hier eingetroffen. Er wurde von der sächsischen Nationsuniversität, dem Magistrate und der Kommunität im beleuchteten Nationalgebäude begrüßt. Abends großer Fackelzug.

London, 9. Dezember. Das erste Bataillon Garde-Grenadiere, und das zweite Bataillon der sächsischen Garde-Füsilier haben Befehl erhalten, sich zur Einschiffung nach Canada bereit zu halten.

Neapel, 9. Dezember. Gestern Nachmittags 3 Uhr hat auf der Seite gegen Torre del Greco eine Eruption des Vesuvius stattgefunden, bedrohlicher als jemals.

Turin, 9. Dezember. In der gestrigen Kammerung sprach Spaventa unter wiederholtem Plamen von Seite der Linken gegen Bertani's System hinsichtlich Neapels. Consorti spricht zu Gunsten der Verwaltung Bertani's unter der Diktatur Garibaldi's.

Nicotera verwarft sich gegen Spaventa's Anschuldigung und erklärt, letzterem Vorwürfe machen zu können, die ihn schamroth machen müßten. Als Garibaldi in Neapel einzog, besand sich Spaventa noch auf der Galere, und er selbst habe die Galeerensträflinge befreit, deren Befreiung er Bertani zur Last lege. Auf vielseitiges Verlangen wird der Schluß dieser Verhandlung beschlossen.

Roca verlangt Schluß der General-Diskussion und wird von Lanza und mehreren anderen Rednern unterstützt. Plinio besteht auf Fortsetzung der Verhandlung und fordert Nicotera auf, seine Portreten die Hand zu reichen, denn die Zwietracht gefährdet Italien. Nicotera erklärt sich gegen den Schluß der Verhandlung, weil die Minister den Interpellanten keine genügenden Antworten ertheilen; er unterstützt Bertani's Vorschlag, Garibaldi nach Neapel zu schicken, und wiederholt seine eigenen, das Parlament und die Regierung nach Neapel zu verlegen.

Mancini vertheidigt das Regierungs-Programm.

Theater.

Heute, Mittwoch: **Mit den Wölfen muß man heulen**, Lustspiel in 1 Akt, von Wibelius. — **Ein weißer Othello**, Lustspiel in 1 Akt, von W. Friedrich.

Morgen, Donnerstag: **Der Sohn auf Reisen**, Lustspiel in 2 Akten, von Zibmayer. — **Ein Autograph**, Lustspiel in 1 Akt.

(An beiden Tagen werden Herr Alfred v. Gyr vom ungarischen Nationaltheater und Zrl. Reidel vom Treumann-Theater in Wien, Solotänzer, als Gäste aufzutreten.)

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. **Wien,** (Mittags 1 Uhr.) (Dr. Stg. Abbbl.) Die Stimmung günstiger und fremde Valuten bei ziemlich lebhafter Abgabe um circa $\frac{1}{4}\%$ billiger als vorgestern. 9. Dezember. Von Papieren behaupteten sich National-Anleihen, Bankpandbriefe, Lose und Kredit-Aktien. Klau dagegen waren Nordbahn-Aktien, die um $\frac{1}{2}\%$ Metalliques-Obligationen, die um $\frac{1}{2}\%$ zurückgingen. Auch Grundentlastungs-Obligationen blieben durchschnittlich mehr angeboten. Geld, anfangs wieder ungewöhnlich häufig, zeigt sich zum Schluß weniger abundant.

Öffentliche Schuld.				Gold				Silber				Wechsel			
A. des Staates (für 100 fl.)				Böhmen				Galiz. Karl-Ludw. Bahn zu 200 fl.				Pallory			
In österr. Währung . zu 5%	62.50	62.70		Steiermark	5	90.00	90.25	G. M. m. 140 fl. (70%)	Ginz.	165.00	165.25	zu 40 fl. G.M.	38.50	37.00	
5% Anleih. von 1861 mit Rückz.	87.50	87.60		Nähren u. Schlesien . . .	5	88.00	88.50	Def. Don. Dampfsch.-Ges.		421.00	422.00	zu 40 fl. G.M.	34.50	35.00	
National-Anleihen mit				Ungarn	5	86.50	87.50	Def. Reich. Lloyd in Triest		192.00	194.00	" 40 " "	37.00	37.50	
Jänner-Coup.	5	81.70	81.80	Tem. Van., Kro. u. Slav. .	5	88.00	88.50	Wien. Dampfsch.-Akt.-Ges.		388.00	495.00	" 20 " "	20.50	21.00	
National-Anleihen mit				Galizien	5	66.00	66.25	Best. Kettenbrücken		396.00	398.00	" 20 " "	21.75	22.25	
April-Coup.	5	81.50	81.60	Siebenb. u. Bukow. . . .	5	65.25	65.75	Böhm. Westbahn zu 200 fl.		163.00	164.00	" 10 " "	15.25	15.50	
Metalliques	5	66.30	66.50	Venetianisches Anl. 1859	5	94.50	—	Ther. Bahn-Akt. 20 fl. G. M.		147.00	147.00	3 Monate			
ditto mit Mai-Coup. . .	5	66.60	66.70	Aktien (pr. Stüd.)				Pfundbriefe (für 100 fl.)				Wechsel			
ditto	4	58.75	59.00	Nationalbank		746.00	748.00	Nationalb. 6 Jähr. v. J. 1857	5%	102.50	102.75	Augsburg, für 100 fl. jüdd. W.	120.25	120.50	
mit Verlosung v. J. 1839		121.25	121.75	Kredit-Anst. f. Handel u. Gew. zu		180.10	180.20	bank auf 10 " ditto	" 5	95.50	96.00	Frankfurt a. M., ditto	120.50	120.75	
" 1854		88.75	89.25	200 fl. d. W. (ohne Div.)		591.00	592.00	G. M. verlosbare	" 5	89.25	89.50	Hamburg, für 100 Mark Banco	105.75	106.00	
" 1860 zu		82.50	82.60	N. v. Gacom. Ges. 3. 500 fl. d. W.		2119.00	2120.00	Nationalb. verlosbare	" 5	84.90	—	London, für 10 fl. Sterling	141.75	142.00	
" zu 100 fl.		82.50	82.60	R. Ferd. Nordb. 3. 1000 fl. G.M.		279.25	280.00	auf öst. W. (verlosbare	" 5	—	—	Paris, für 100 Frank	56.10	56.20	
Gemo-Rentensch. zu 42 L. austr.	17.50	18.00	—	Staats-Gis. Ges. zu 200 fl. G. M.		157.00	157.50	Lose (per Stüd.)				Cours der Geldsorten.			
B. der Kronländer (für 100 fl.)				oder 500 fr.		119.50	119.75	Kred. Anstalt für Handel u. Gew.		121.80	122.00	Gold			
Grundentlastungs-Obligationen.				Kais. Gis. Bahn zu 200 fl. G. M.		591.00	592.00	zu 100 fl. öst. W.		95.50	96.00	R. Münz-Dufaten 6 fl. 71 fr.	6 fl. 72	fl. 72	
Nieder-Österreich . . zu 5%	88.50	89.50		Süd-nordb. Verb.-W. 200 " "		157.00	157.50	Don. Dampfsch.-G. 3. 100 fl. G.M.		35.00	35.50	Kronen	19	44	
Ob. Öst. und Salz . . zu 5%	88.00	88.50		Subl. Staats-lomb.-ven. u. Gent.		591.00	592.00	Städtgem. Ofen zu 40 fl. d. W.		100.00	101.00	Napoleon's or	11	32	
				ital. Gis. 200 fl. d. W. 500 fr.		262.00	263.00	Scherhazy		38.25	38.50	Russ. Imperiale	11	65	
				m. 140 fl. (70%) Einzahlung		—	—	Solm		—	—	Verrinsthaler	2	12 1/2	

Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.
Den 10. Dezember 1861.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 66.50	Silber 140.50
5% Nat. Anl. 81.50	London 141.00
Bankaktien . . . 748.00	R. f. Dufaten 6.68
Kreditaktien . . . 180.50	

Fremden-Anzeige.
Den 9. Dezember 1861.
Hr. v. Sufanni, Gutbesitzer, von Istrien. —
Die Herren: v. Gutmansthal, — Dr. Steinbach,
Bezirksarzt, und — Greiner, Agent, von Triest. —
Hr. Wager, Eisenbahnbeamte, von Wien. — Hr.
Bruner, Forstbeamte, von Gottschee. — Hr. Roschell,
Handelsmann, von Ratschach.

3. 2156. (1) **Edikt.** **Nr. 5072.**
Von dem k. k. Bezirksamte Laas, als Gericht,
wird hiemit bekannt gemacht:
Es sei über das Ansuchen des Martin Gradischer
von Großblaschitz, gegen Georg Jutibar, von Ster-
mez, wegen aus dem Vergleiche vdo. 20. April 1858,
3. 1190, schuldigen 200 fl. öst. W. c. s. c., in die
exekutive öffentliche Versteigerung der, dem Legtern
gehörigen, im Grundbuche der Herrschaft Radlitzsch
sub Urb. Nr. 853872 vorkommenden Realität, im
gerichtlich erhobenen Schätzungswerte von 724 fl.
ö. W. gewilliget, und zur Vornahme derselben die
exekutiven Feilbietungstagsatzungen auf den 22. Jänner,
auf den 22. Februar und auf den 22. März 1862,
jedesmal, Vormittags um 9 Uhr in der Amtskanzlei
mit dem Anbange bestimmt worden, daß die feilzu-
bietende Realität nur bei der letzten Feilbietung auch
unter dem Schätzungswerte an den Meistbietenden hin-
angegeben werde.
Das Schätzungsprotokoll, der Grundbucheextrakt
und die Lizitationsbedingungen können bei diesem Ge-
richte in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen
werden.
R. k. Bezirksamt Laas, als Gericht, am 31.
Oktober 1861.

3. 2162.
Pfundamtliche Lizitation.
Donnerstag den 19. Dezember
werden zu den gewöhnlichen Amtsstunden
in dem hierortigen Pfandamte die im Monate
Oktober 1860
versetzten, und seither weder ausgelöst
noch umgeschriebenen Pfänder an den Meist-
bietenden verkauft.
Laibach den 12. Dezember 1861.

3. 2066. (2)
Am 1., 15. und 29. Dezember
l. J., jedesmal um 8 Uhr Abends
werden in der bürgerl. Schießstätte
die gewöhnlichen Vereinsunterhaltun-
gen stattfinden; am 29. Dezember
l. J. nebst dem aber noch die Wahl
der Direktions-Mitglieder vorge-
nommen werden.
Die Direktion beehrt sich, hierzu
die P. T. Vereinsmitglieder höflichst
einzuladen.
Laibach am 20. November 1861.
Von der Schützenvereins-Direktion.

3. 2126. (2) **Edikt.** **Nr. 6943.**
Von dem k. k. Bezirksamte Planina, als Gericht,
wird im Nachhange zum Edikte vom 12. August d. J.,
3. 4640, bekannt gemacht, daß zu der auf den 23. No-
vember d. J. in der Exekutionssache der Frau Maria
Willan von Planina gegen die Franz Rupnik'schen Erben
von Planina, pcto. 126 fl. angeordneten zweiten Tag-
sagung der gegner'schen Realität kein Kaufstücker
sich gemeldet hat, daher zu der auf den 21. Dezember
d. J. angeordneten letzten Realfeilbietung geschritten wer-
den wird.
R. k. Bezirksamt Planina, als Gericht, am 25.
November 1861.

3. 2125. (2) **Edikt.** **Nr. 6080.**
Von dem k. k. Bezirksamte Planina, als Gericht,
wird hiemit bekannt gemacht:
Es sei in der Exekutionssache des Herrn Anton
Moschel von Planina, wider Herrn Anton Sorre von
Unterlousch, pcto. schuldigen 1165 fl. c. s. c., die mit
dießgerichtlichem Bescheide vom 8. September l. J., 3.
4588, auf den 25. Oktober l. J. angeordnete exekutive
dritte Realfeilbietungstagsatzung auf den 18. Dezember
l. J. früh 10 Uhr mit dem vorigen Anbange übertragen.
R. k. Bezirksamt Planina, als Gericht, am 20.
Oktober 1861.

3. 452. a (2)
Nachdem die Geschäfte und Rechnungen der auf Allerhöchsten Befehl Sr. k. k. apost. Majestät ausgeführten V. großen Geldlotterie zu gemeinnützigen Zwecken, deren Ziehung am 12. Mai 1860 stattgefunden, zum gänzlichen Abschluß gelangt sind, so unterläßt die k. k. Lotto-Direktion nicht, den Erfolg dieser Lotterie zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.
Der reine Ertrag derselben entfiel mit 261.033 fl. 80 fr. öst. W. und wurde von Sr. k. k. apost. Majestät zur einen Hälfte zur Errichtung einer Landes-Irren-Anstalt für Steiermark, Kärnten und Krain und zur Subvention des Laubstummens-institutes in Klagenfurt, und zur andern Hälfte zur Errichtung eines Militär-Bade-hauses im Kurorte Pustjan bestimmt.
Dieser so günstige Erfolg des Unternehmens konnte nur durch die lebhafteste Unterstützung von Seite der menschenfreundlichen Bevölkerung des Kaiserstaates und durch die Bereitwilligkeit derselben, zur Erreichung der von Sr. k. k. apost. Majestät huld-vollst angestrebten wohlthätigen Zwecke beizutragen, erreicht werden, weshalb die k. k. Lotto-Direktion sich verpflichtet fühlt, ihren Dank für diese erfolgreiche Theilnahme hiemit öffentlich auszusprechen.
Jetzt ist die VI. der gemeinnützigen Staats-Lotterien in Ausführung, deren Zie-hung mit den ausgesetzten Gewinnsten von **80.000, 30.000, 20.000, 10.000, 2 à 5000, 3 à 4000, 4 à 3000, 5 à 2000, 16 à 1000, 50 à 500** etc. etc., im Gesamtbetrage von **300.000** fl. öst. W. schon am nächstkommenden **21. Dezember** stattfinden wird, und da das Reinerträgniß dieser Lotterie nach Allerhöchster Bestimmung Sr. k. k. apost. Ma-jestät ebenfalls einem Humanitätszwecke, nämlich zur Errichtung einer Landes-Irren-Anstalt für Galizien in Lemberg gewidmet ist, so gibt sich die k. k. Lotto-Direktion der vertrauensvollen Erwartung hin, daß die allgemeine Gunst und Theilnahme auch dieses Unternehmen wohlwollend unterstützen werde.

Von der k. k. Lotto-Direktion.
Abtheilung der Staats-Lotterien für gemeinnützige Zwecke.
Wien den 24. November 1861.

3. 2136. (3) **Edikt.** **Nr. 6270.**
Von dem k. k. Bezirksamte Stein, als Gericht,
wird hiemit bekannt gemacht:
Es sei über das Ansuchen des Jakob Moznik
von Etein, gegen Florian Repauschek von Edusch,
nun in Stein, wegen aus dem Urtheile vom 9. De-
zember 1854, Nr. 546, schuldigen 27 fl. 44 fr.
c. s. c., in die exekutive öffentliche Versteigerung der,
dem Legtern gehörigen, im Grundbuche Edusch sub
Urb. Nr. 27 et 33 vorkommenden Realität, im ge-
richtlich erhobenen Schätzungswerte von 200 fl. ge-
williget und zur Vornahme derselben die drei Feilbie-
tungstagsatzungen auf den 8. Februar, auf den 8. März
und auf den 8. April l. J., jedesmal, Vormittags
um 9 Uhr in der Gerichtskanzlei mit dem Anbange
bestimmt worden, daß die feilzubietende Realität nur
bei der letzten Feilbietung auch unter dem Schätzungs-
werthe an den Meistbietenden hintangegeben werde.
Das Schätzungsprotokoll, der Grundbucheextrakt
und die Lizitationsbedingungen können bei diesem Ge-
richte in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen
werden.
R. k. Bezirksamt Stein, als Gericht, am 14.
November 1861.

Rundmachung.

Von der k. k. Lotto-Direktion.
Abtheilung der Staats-Lotterien für gemeinnützige Zwecke.
Wien den 24. November 1861.
Friedrich Schrank,
k. k. Regierungsrath.